

Breslauer Zeitung.

Biwöchlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl.
Porto 2 Thlr. 11 $\frac{1}{4}$ Sgr. Anportogebühr für den Raum einer
fünfteljährigen Zeile in Breslau 1 $\frac{1}{4}$ Sgr.

Nr. 245. Morgen-Ausgabe.

Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

3 e i t u n g .

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Ueberden übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Sonntag, den 28. Mai 1865.

Abonnement für Juni.

Der Abonnementspreis für diesen Monat beträgt in Breslau 22 $\frac{1}{2}$ Sgr., auswärts inklusive des Porto zuschlags 1 Thlr. 3 $\frac{1}{4}$ Sgr.

Da die königl. Post-Expeditionen nur auf vollständige Quartale Bestellungen ausführen, so ersuchen wir Diejenigen, welche dieses neue Abonnement benutzen wollen, den Betrag von 1 Thaler 3 $\frac{1}{4}$ Sgr. **direct** und **franco** an uns einzufinden, wogegen wir die gewünschten Exemplare pünktlich der betreffenden Postanstalt zur Abholung überweisen werden.

Breslau, den 25. Mai 1865.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Italien und der Zollverein.

Wir haben gemeint, die Zeiten seien vorüber, in denen dem Legitimitätsprinzip und anderen Liebhabeeren das materielle Wohl der Völker zum Opfer gebracht wurde; die Zollvereins-Staaten Baiern, Württemberg, Sachsen und einige andere geringerer Calibers belehren uns eines Anderen. Der schlesische Leinwandhandel weiß davon zu erzählen, was ihm das Festhalten an dem Legitimitätsprinzip gekostet hat; daß die preußische Regierung in den dreißiger Jahren sich nicht überwinden konnte, die Königin Christine von Spanien, die freilich nicht viel besser war, als Don Carlos, anzuerkennen, verschloß den schlesischen Fabrikanten den Export nach den südamerikanischen Colonien und führte die Not der schlesischen Weber herbei, welche weder von der Christine noch von Carlos jemals etwas gehört hatten.

In jener Zeit mochte die Wahrung des Legitimitätsprinzips noch einen Sinn haben, denn einestheils war es noch nicht so durchdröhrt wie in unseren Tagen, und anderntheils bildeten sich wirklich viele Staatsmänner, und zwar nicht bloß in absoluten, sondern auch in constitutionellen Staaten noch ein, daß dasselbe nicht ganz ohne Bedeutung sei. Auch lebte das angebliche Unheil, welches die Vernichtung aller legitimistischen Bande durch Napoleon I. herbeigeführt haben sollte, noch in Vieler Gedächtnis. Es gab viele Leute, welche der Meinung waren, daß durch die Anerkennung der Königin Christine sämmtliche europäische Throne erschüttert werden müßten.

Aber heut zu Tage? Jeder tüchtige, volkswirtschaftlich gebildete Staatsmann stellt einen für sein Volk günstigen Handelsvertrag höher als das ganze Legitimitätsprinzip, und mit allem Recht, denn diese Verträge befördern das materielle Wohl der Völker und tragen somit zur Erhöhung der Wehrkraft bei, die nun einmal des Geldbedarfs bedarf. Was klimmt es die sächsischen, bayrischen und schwäbischen Fabrikanten, ob Victor Emanuel als König von Italien legitim oder illegitim ist: „schafft uns Absatz für unsere Waaren“ ist ihre erste und vollberechtigte Forderung, welche die Forderung der Arbeiter zur Seite tritt: schafft uns Arbeit, gleichviel, ob sie von Victor Emanuel als König von Italien, oder als König von Sardinien, oder auch von einer italienischen Republik kommt.

Die Interpellation des Abg. v. Bunsen über den Abschluß eines Handelsvertrages mit Italien scheint Herrn v. Bismarck so außerordentlich gelegen gekommen zu sein, daß wir wohl nicht irren, wenn wir in diesem Falle, wie es im englischen Unterhause oft geschieht, ein vorhergegangenes Einverständnis zwischen dem Minister und dem Abgeordneten annehmen. Schade, daß Ministerium und Abgeordnetenhaus nicht blos handelspolitische Fragen mit einander zu verhandeln haben; es ist ein wahrhaft herzliches Einverständnis, welches in diesen Beziehungen zwischen beiden Factoren herrscht, und durch nichts mehr wird der Vorwurf systematischer Opposition widerlegt, als durch die tatsächlichen Abstimmungen und Beschlüsse des Abgeordneten-Hauses in allen handelspolitischen Fragen. Der Handelsminister, wenn er sich nur als solchen betrachtet, kann sich in der That kein besseres Abgeordneten-Haus wünschen; wäre in dem Sitzungssaale eine angenehme Temperatur überhaupt möglich, für den Handelsminister würde sie es immer sein.

Die Antwort des Herrn v. Bismarck ist einfach: Preußen ist sofort bereit, einen Handelsvertrag mit Italien abzuschließen; aber mehrere Zollvereins-Regierungen haben Italien noch nicht anerkannt, und mithin ist der Abschluß des Vertrages „im Namen des Zollvereins“ unmöglich.

In einer Posse läßt man sich solche Schnurrpfeifereien, wie sie Italien gegenüber von Baiern, Württemberg und Sachsen losgelassen werden, allenfalls gefallen; in einer Sache aber, in welcher es sich um das materielle Wohl, um Lebensfragen des Volkes handelt, da, sollte man doch meinen, müßte jeder, der auf den Namen eines Staatsmannes auch nur entfernten Anspruch macht, sich mindestens von Donquillotterien fern halten. Denn nachdem das Königreich Italien mit Ausnahme Österreichs, dem man wohl einige Großnachsehen kann, von sämtlichen Großmächten anerkannt worden, ist es doch nichts anderes als die lächerlichste Krähwinkelei, wenn Staaten wie Baiern, Sachsen und Württemberg sich noch sträuben wollen, zu mal vorauszusehen ist, daß sie doch früher oder später zur Anerkennung des neuen Königreichs gezwungen werden. Wer denkt nicht dabei der lächerlichen Hartnäckigkeit des Herzogs von Modena, der unter allen europäischen Fürsten der Einzige war, welcher das Bürgerkönigthum Louis Philippe nicht anerkennen wollte. Die Staatsmänner der deutschen Mittelstaaten beweisen uns, daß die Lächerlichkeiten nicht aussterben.

Italien freilich braucht sich nicht einen Deut darum zu kümmern, ob ihm die Anerkennung von diesen in der großen Politik bedeutungslosen Staaten zu Theil wird; doch aber das deutsche Volk eines Prinzipes wegen, das zu einer Schulle herabgesunken ist, der Vortheile, die ihm aus einem Handelsvertrage mit Italien zuschließen, noch länger entbehren soll, das beweist die Kläglichkeit unserer deutschen Zustände.

Wenn bei Baiern sein Katholizismus, bei Württemberg seine traditionelle Untertänigkeit gegen Österreich noch als Entschuldigungsgrund gelten kann, so ist man doch in Bezug auf Sachsen zu der Frage berechtigt: was kümmert denn das durch und durch protestantische Volk die Stellung des Papstes zu dem Königreich Italien? Oder warum sollen denn die sächsischen Fabrikanten und Arbeiter darunter leiden, daß der katholische Hof mit dem excommunicirten Victor Emanuel nichts zu thun haben will? Oder endlich soll das protestantische Sachsen

so lange warten, bis die angeknüpften Verhandlungen zwischen dem Papste und Victor Emanuel Italien ein günstiges Resultat herbeigeführt haben? und die Bischöfe dem Könige von Italien den Eid geleistet haben?

Der sächsische Landtag ist freilich in seiner Gliederung keine Vertretung des Volkes, aber hier, wo es sich um das materielle Wohl des in der Industrie so vorgeschrittenen Landes handelt, sollte er doch seine Stimme erheben und dem großen Staatsmann Herrn v. Bismarck zurufen: in der Geschichte der Gegenwart spielen die dynastischen Intrigen keine Rolle mehr; die Völker und ihre geistigen und materiellen Interessen sind es, welche den Gang der Politik und der Geschichte bestimmen!

Breslau, 27. Mai.

Diongenes kann noch einmal mit der Laterne herumlaufen, um Menschen zu suchen, welche durch die Leitartikel der Amts- und Kreisblätter belehrt worden sind. Wir verdenken es der Regierung nicht, daß sie auch dieses Mittel ergriff, um auf die öffentliche Meinung einzuwirken, aber dafür sollte sie sorgen, daß die Artikel besser geschrieben würden. Man liest die Artikel auch der Gegner sehr gern, sobald sie geistreich sind; aber das Langweilige bleibt ohne Eindruck, und wenn man von den Angriffen auf das Abgeordnetenhaus absieht, durch welche die betreffenden Artikel noch einigermaßen gewürzt sind, so ist leider die Langweiligkeit die charakteristische Eigenschaft dieser Aufsätze. Im Allgemeinen täuscht man sich aber die Wirklichkeit der offiziösen Presse schon der Umstand, daß ein Artikel in einem offiziösen Blatte steht, benimmt ihm einen Theil des Wertes, den er etwa hat. Wenn irgendwo, so gilt hier der Ausspruch: Man merkt die Absicht und ist verstimmt. Durch Blätter, die als unabhängig bekannt sind, wird die Regierung zehnmal wirtschaftlicher vertheidigt, als durch die gesammte offiziöse Presse mit ihrem ganzen Apparate; einer Regierung aber, die sich im Einlaufe mit dem Volke befindet, wird es an unabhängigen Blättern niemals fehlen. Diese Grände haben das Abgeordnetenhaus bewogen, die Gelder für die sogenannten geheimen Fonds zu streichen.

Trotz des Dementi's, mit welchem das offiziöse „Dresden.“ die Existenz eines mittelstaatlichen Antrages gelegnet hat, steht doch fest, daß seit gerauer Zeit lebhafte Unterhandlungen zwischen den würzburger Staatsmännern und dem wiener Cabinet im Gange sind, welche auf die Eventualität eines neuen Antrages in der Bundesversammlung Bezug haben. Dem Gelingen derartiger Verhandlungen stehen natürlich mancherlei Hindernisse entgegen. Bündest steht schon eine große Schwierigkeit in dem Wettkampf der kleinen und mittleren Staatsmänner, welche in dem großdeutschen Lager eine große Rolle zu spielen beanspruchen. Da gehen denn hizige Gefechte der Entscheidung voran, ob augustenburgisch-löbburgische Inspirationen den Vorrang behaupten, oder ob die hohen Capitätsstaaten Baierns und Sachsen mit der Führung betraut werden sollen. Wenn auch dieser Streit geschlichtet ist, dann scheitert zuletzt wohl noch der mitteldeutsche Anlauf an der Unentschiedenheit Österreichs, dessen Politik sich gegenwärtig in Pendelbewegungen zwischen Würzburg und Preußen gestaltet. Aus dem Dementi des „Dresdener Journals“ ist daher nichts Anderes herauszuleSEN, als daß der neue mitteldeutsche Kriegsplan gegen Preußen noch nicht fertig ist und daß hr. v. Bismarck dem in den Beziehungen verbliebenen Motions-Entwürfe keine freundliche Kritik zu Theil werden läßt. Hinter den Couliers sehen die würzburger Taktiter ihre Kriegsübungen fort und warten nur auf den zustimmenden Wink Österreichs, um ihre neu angelegten Minen springen zu lassen.

Über das gegenwärtige Verhältniß zwischen Preußen und Österreich erhalten wir heute aus Berlin folgende Correspondenz:

→ Berlin, 26. Mai. Aus mancherlei Anzeichen ist ersichtlich, daß die Wege Preußens und Österreichs sich in jüngster Zeit eher von einander entfernt, als genähert haben. Schon der gefloßne Nachdruck, mit welcher die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ auf die zwischen Preußen und Italien angeknüpften Vollmachtenverhandlungen den Ton legte, war als charakteristisch für das Verhältniß der beiden deutschen Großmächte zu betrachten, da man in Berlin genau weiß, wie nerbenschwach sich Österreich bei jeder Erinnerung an Italien zeigt. Auch die heutigen Neuerungen des Minister-Präsidenten im Abgeordnetenhaus werden auf österreichische Ohren keinen angenehmen Eindruck machen. Herr v. Bismarck hat deutlich zu verstehen gegeben, daß Preußen nicht allein seinerseits engere Handelsverbindungen mit Italien wünscht, sondern auch den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Würzburg und Österreich, mit hin auch die Vorbedingung derselben, nämlich die Anerkennung des Königreichs Italien durch sämmtliche Zollvereins-Regierungen, ernstlich befürwortet. (Vgl. unsern heutigen Leitartikel.) In diesen Tagen erwarte man den Abzug einer von hier nach Wien gerichteten Depesche, welche auf die Vorfragen wegen Berufung der schleswig-holsteinischen Landesvertretung Bezug hat. Auch auf diesem Gebiete bestehen die Divergenzen zwischen Preußen und Österreich fort, und damit ist die Verwirrung des preußischen Planes selbstverständlich auf unbestimmte Zeit vertagt. Uebrigens bricht sich hier mehr und mehr die Überzeugung Bahn, daß die Dinge in diesem System des Hin- und Herzerrns nicht fortgehen können, und daß entscheidende Schritte zur Auflösung des Verhältnisses zwischen Preußen und Österreich durch die Situation angezeigt sind.

Aus Wien erhalten wir die nicht gerade überraschende und auch nicht sehr ungewöhnliche Nachricht, daß Österreich wieder Geld braucht; es handelt sich jedoch nur um 45 Millionen Gulden. (S. die unten folgende wiener Correspondenz.)

In der italienischen Presse bilden Begezzi's nützliche und Revel's zweifelhafte Mission nach Rom neben den Nachträgen zur Dante-Feier noch immer das Hauptthema. Von ersterem meint man, daß er die kirchlichen Fragen zu erledigen gehabt habe, während letzterer beauftragt sei, den politischen Theil der Unterhandlungen, welche nunmehr wieder in Gang gebracht sind, zu führen. Man zweifelt nicht, daß auch in dieser leichten Beziehung eine Verständigung erfolgen wird. So sehr man sich nämlich in Rom auch bemühte, die Frage auf das kirchliche Gebiet zu loslassen, so ist man doch bereits in dem einen wie in dem anderen Lager zu der Überzeugung gelangt, daß der kirchliche und weltliche Theil der schwierigen Frage in einem Causalnexus stehen, der nicht ignorirt werden kann. Allerdings stehen der Lösung derselben auch in Turin noch mancherlei Hindernisse entgegen, da man dort, auf die Zugeständnisse in Bezug der kirchlichen Frage nur dann eingehen will, wenn sie durch Concessions auf politischem Gebiete aufgewogen werden, namentlich was die Verschmelzung mehrerer Administrationsbranchen mit der Centralregierung des Königreichs betrifft. Indes ist es kein Geheimniß mehr, daß Drouyn de Lhuys den französischen Gesandten in Florenz beauftragt hat, der Regierung Victor Emanuel's dringend anzu-

empfehlen, sich der Kurie gegenüber so nachgiebig als möglich zu zeigen, um auf diese Weise auch auf weltlichem Gebiete zu einer Aussöhnung zu gelangen. Das pariser Cabinet soll sogar die Möglichkeit haben durchzumachen, eventuell den Papst durch eine Supplementar-Convention wegen einer etwaigen, dem Geiste der September-Convention nicht entsprechenden Interpretation zu beruhigen.

Nicht ohne Bedeutung ist übrigens das am 21. d. M. in Mailand im Theater della Stadera stattgefunden Meeting für Aufhebung der religiösen Körperchaften. Dasselbe wurde vom Deputirten Crispì, der in Begleitung Brofferio's und Botti's von Turin gekommen war, eröffnet. Am Schlusse desselben wurden folgende Propositionen angenommen: 1) Die Versammlung erklärt, die religiösen Körperchaften sind absolut aufzuheben; 2) der römische Katholizismus hat keine höheren Freiheiten als andere Culpe; 3) Rom ist und muß die Hauptstadt Italiens sein; Parlament und König müssen dort ihren Sitz haben. Nachträglich erwähnen wir bei dieser Gelegenheit, daß nach den Angaben des „Diritto“, der in seinen Angriffen gegen die Zurückziehung des Gesetzes wegen Aufhebung der geistlichen Corporationen noch immer nicht erwidert, für die radicale Aufhebung 62 Körperchaften, außerdem 32 Gesellschaften, 16 Volksversammlungen, sodann 16,016 männliche Individuen, worunter 68 Geistliche, und endlich 24 Frauen sich in Petitionen an die Kammer ausgesprochen hatten. Für die theilweise Aufhebung sprachen sich 101 Körperchaften, 8389 männliche Individuen, wovon 249 Geistliche, sowie 36 Frauen aus, wogegen 14 Körperchaften, 174,311 Männer, darunter 8578 Geistliche und 16,966 Frauen, wovon 2887 Nonnen, gegen die Aufhebung reklamirten.

In Frankreich halten die drohenden Verwicklungen mit den Vereinigten Staaten wegen Mexico noch alles in ähnlich Spannung, so sehr auch das Gouvernement alles Mögliche für die Verübung der öffentlichen Meinung in dieser Beziehung gethan hat. Freilich haben die officiösen Organe im Grunde genommen darüber nicht viel Gescheites zu Tage gefördert. Kein verständiger Mensch hatte behauptet und geglaubt, daß die Gefahr gewissermaßen vor der Uhr stehe, oder daß der Präsident der Ver. Staaten eine feindselige Sprache führe. Man hatte nur versichert, daß Werbungen für Mexico stattfinden, und das — gesteht der „Constitutionnel“ selber ein. Lächerlich ist es übrigens, aus der gegenwärtigen Haltung der Regierung von Washington auf ihre künftige zu schließen. Auch weiß der Kaiser gewiß genau, woran er sich zu halten hat, und es ist daher nicht glaublich, daß er befohlen haben soll, eine gewisse Anzahl von Transportschiffen für alle Fälle in Bereitschaft zu setzen. Ebenso wenig ist auf das Gericht zu geben, daß Drouyn de Lhuys sein Portefeuille niederlegen wolle, falls man nicht in klarer Frist die französischen Truppen aus Mexico zurückberufe, obwohl es glaublich erscheint, daß die Forderung von Verstärkungen, welche Bajaine erhoben haben soll, im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten entschiedenem Widerspruch begegnete. Das Gericht, daß Drouyn de Lhuys in einem Rundschreiben sämmtliche französischen Agenten und Consuln in Amerika angewiesen habe, den Generälen des Südens in jeder Weise zu Diensten zu sein und ihnen, wenn sie in Frankreich eine Zuflucht suchen wollen, ohne Umstände Päss auszustellen, gehört offenbar in das Fabelreich.

Dagegen haben die calmirende Artiel des „Constitutionnel“ und der „France“ hauptsächlich seit dem Eintreffen der Nachricht geneigtere Ohren gefunden, daß der kaum wieder geneigte Staatssekretär Seward den Wunsch ausgesprochen hat, den neuen französischen Gesandten in Washington, Herrn Montholon, selbst bei dem Präsidenten einzuführen. Man hofft nämlich, daß dieser besonnene Staatsmann im Interesse der Vereinigten Staaten selbst jeden Neutralitätsbruch hintanhält, wie natürlich die französischen Regierung alles aufzubieten wird, um einer Complication vorzubeugen, die für beide Staaten gleich unheißlich sich gestalten müßte.

Die sible Laune, in welche die Kaiserin-Regentin durch die Expositionen des Prinzen Napoleon versetzt worden sein soll, hat sich leider nicht nur gegen diesen selbst fungiert; sie hat sich vielmehr auch gegen die auswärtige Presse gerichtet, gegen welche jetzt eine besonders ähnlich Grenzspalte gehandhabt wird. Was die Beurtheilung betrifft, die der Reder des Prinzen nunmehr durch den Kaiser selbst (siehe unten die tel. Dep. aus „Paris“) widersahen ist, so wird man nicht leugnen können, daß ein entschiedener Desabau, als dem Prinzen hierin zu Theil geworden, kaum möglich ist, daß aber auch der Absolutismus sich durch den Mund des Kaisers noch niemals so unverhüllt ausgesprochen hat, wie in dieser Beherbissung der „Einheit“, welche Napoleon I. in Familie und Staat zu begründen gedacht.

In der englischen Presse wird nächst den amerikanischen Angelegenheiten namentlich der Sieg besprochen, welchen die Tories (siehe „London“) in der Oberhaaßlung vom 23. d. über die Regierung gewannen. Es handelt sich um die Vorlegung der Correspondenz, die sich auf die Einberufung des britischen Consuls Cameron und anderer britischer Unterthanen in Abyssinien bezieht. Lord Chelmsford beantragte dieselbe und suchte dabei den Staatssekretär des Auswärtigen für die schmacvolle Behandlung dieser Leute verantwortlich zu machen. Sein Antrag wurde mit 43 Stimmen gegen 42 Stimmen angenommen. „Die Majorität“, sagt nun mit Beziehung hierauf insbesondere der „Herald“, „habe einen directen und strengen Tadel gegen die Minister ausgesprochen, der einem entschiedenen Missbrauchsbotum gleich komme.“ Zugleich bemerkt das Blatt, daß Carl Russell dem Kaiser Theodorus gegenüber sich genau wie gegen Amerika und die deutschen Mächte, anfangs hochmuthig und zuletzt demuthig benommen habe. Was indeß die Majorität betrifft, so vergibt der „Herald“ beizufügen, daß es eine Majorität von — einer Stimme gewesen ist, und der „Globe“ spricht dann auch mit wohlverdientem Spott von dieser grobkötigen Majorität, die in einem abgelegenen Winde Afrika's und in einer dem großen Publithum kaum halb verständlichen Frage erschienen ward. „Die Opposition“, meint er, „müßte sehr herabgekommen sein, wenn sie über einen solchen Sieg ein Te deum anstimme.“ — Die „Post“ nimmt von den neuesten Unterhandlungen des Fürsten Cusa mit Rußland Anlaß, sich über den russischen Einfluß auszusprechen, der sich in den Donaustädtern wieder in einer Weise regt, welche allerdings den Engländern nicht angenehm sein kann. Sie gibt dabei dem Fürsten zu bedenken, daß, wenn er seine quasi-unabhängige Stellung behaupten wolle, er den russischen Übergriffen nachdrücklich entgegentreten müsse; sonst werde ihn Niemand bemitleiden, wenn er in die Grube falle, die er sich selbst gegraben habe.

Aus Amerikatheilen wir unten Ausführliches mit. Was die Gefangennehmung von Jefferson Davis betrifft, so erinnern wir, daß sich derselbe zuletzt in Selma, einer kleinen Stadt Alabamas befand, die von dem Reste der konföderirten Truppen vertheidigt ward. Am 14. April war der unionistische General Oranges von Mobile aus gegen Selma aufgebrochen. Das Resultat scheint die Verstreitung dieser Truppen und die Gefangen-

